

Regierungen wollen noch weniger Südanflüge

Die beiden Basel sind mit der ILS-Antwort der französischen Luftfahrtbehörden nur teilweise zufrieden

MARTIN MATTER

Höchstens acht und nicht zehn Prozent aller Anflüge auf den EuroAirport sollen radargelenkt von Süden her erfolgen dürfen: Die Regierungen beider Basel verlangen vom Bund weitere Verhandlungen mit Frankreich.

Letzte Woche hat die französische Luftfahrtbehörde DGAC zu all den schweizerischen Eingaben Stellung genommen, die im Zusammenhang mit dem geplanten Instrumentenlandesystem Süd (ILS) von Behörden und Bürgern eingereicht wurden. Frankreich ging dabei auf etliche Schweizer Anliegen ein. So soll die Obergrenze für den Anteil der Südlandungen von zwölf auf zehn Prozent gesenkt werden (die baz berichtete).

Für die beiden zuständigen Regierungsräte Ralph Lewin (BS) und Adrian Ballmer (BL) sind die französischen Antworten «nur teilweise befriedigend», wie es in einem Communiqué heisst. Vor allem legen sie den Finger auf den umstrittenen Prozentanteil der Südanflüge. Der Hintergrund: Normalerweise wird der EAP von

Norden her angefliegen, erst ab einer gewissen Bisenstärke wird auf Südlandung gewechselt. Die beiden Regierungen (im Einklang mit vielen anderen Stellungnahmen) befürworten das ILS-Süd unter der Voraussetzung, dass nur dann von Süden her gelandet wird, wenn die Sicherheit es erfordert.

WEITERER STREITPUNKT. Verschiedene Bedingungen sollen dies sicherstellen. Im Zentrum steht die Forderung der beiden Basel, die Obergrenze für die Südanflüge auf acht Prozent zu legen (der Schutzverband etwa will sogar auf vier Prozent gehen); die neuerdings von Frankreich offerierten zehn Prozent reichen den beiden Basel nicht aus. Bereits ein Anteil von acht Prozent Südlandungen sei «aussergewöhnlich», argumentieren Lewin und Ballmer: Dieser Wert sei in den vergangenen zwölf Jahren nur einmal überschritten worden.

Umstritten ist auch eine andere Limite: Ab welcher Nordwindstärke darf oder muss auf Südlandung umgestellt werden?

Die beiden Basel und zahlreiche weitere Stellungnahmen hatten ausdrücklich zehn Knoten verlangt; das ILS-Projekt sieht nur fünf vor.

Die DGAC will an den fünf Knoten festhalten, was Lewin und Ballmer «zur Kenntnis» nehmen: Die fünf Knoten entsprächen der in Frankreich geltenden generellen Empfehlung, die sich wiederum auf die Normen der internationalen Zivilluftfahrtsorganisation (Icao) stütze. Befriedigt sind die beiden Regierungsräte hinge-

gen darüber, dass – wie gefordert – eine jährliche Überprüfung des Nutzungsanteils der Piste 34 vorgesehen werden soll.

WEITERE VERHANDLUNGEN. Beide Basel fordern das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) auf, die Sache nachzubessern und mit Frankreich die 8-Prozent-Grenze zu vereinbaren. Im BAZL wird bestätigt, dass aufgrund der diversen Stellungnahmen auf jeden Fall nochmals verhandelt werde.

www.aviation-civile.gouv.fr

Hunderte von Stellungnahmen

1600 EINGABEN. Die öffentliche Anhörung zum Projekt ILS 34 stiess in beiden Basel auf grosses Interesse. Im Kanton Basel-Landschaft haben insgesamt 1275 Personen eine Stellungnahme abgegeben, im Kanton Basel-Stadt rund 360.

Das weitere Verfahren sieht vor, dass der französische Verkehrsminister eine

Verfügung erlässt. Gegen diese Verfügung können beschwerdeberechtigte Personen mit Wohnsitz in der Schweiz unter Beauftragung eines französischen Anwalts vor den zuständigen französischen Instanzen Beschwerde erheben. Die Beschwerde hat allerdings keine aufschiebende Wirkung. Ma